

Informationsveranstaltung der Stadt zur "Kommunalen Wärmeplanung für die Stadt Preetz" am 07.06.2026

Am 07.06.2026 fand in der Mensa der Wilhelminen-Schule im Zusammenhang mit der Umweltmesse Preetz eine Informationsveranstaltung zur kommunalen Wärmeplanung in Preetz statt. Der Stadt ist zu danken, dass sie diese öffentliche Aufgabe in dieser Transparenz verfolgt. Die Veranstaltung war relativ gut besucht und wurde mit einem Grußwort des Bürgermeisters eröffnet. Der Klimamanager Klaus Czittrich leitete die Versammlung insgesamt. Aus der Ratsversammlung waren leider kaum Vertreter*innen anwesend.

Das von der Stadt beauftragte Beratungsunternehmen OCF Consulting GmbH trug den aktuellen Zwischenstand der städtischen Wärmeplanung vor.

Alle Unterlagen zur Wärmewende in Preetz einschließlich des Foliensatzes des Unternehmens sind unter <https://www.preetz.de/Verwaltung-Politik/Klimaschutz/W%C3%A4rmewende-in-Preetz/?&La=1> einsehbar. Auch dies ein bemerkenswertes Angebot für interessierte Bürger*innen, sich zu informieren und in diesen komplexen Prozess mit einzubringen.

Allerdings erfüllt diese gute Informationsveranstaltung nach Auffassung des Preetzer Aktionsforums Nachhaltigkeit und Klimaschutz (PANK) nicht die Anforderungen nach des § 16 a Gemeindeordnung "Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner" wonach die Stadt die Einwohner*innen möglichst frühzeitig zu wichtigen Planungen und Vorhaben unterrichten und einbeziehen soll. Die kommunale Wärmewende ist eine derart wichtige Aufgabe mit unmittelbaren Auswirkungen für die Einwohner*innen, dass es gerechtfertigt wäre, regionalisierte Einwohnerversammlungen nach § 16 b der Gemeindeordnung zu den geplanten technischen Lösungen in den einzelnen Quartieren oder Anhörungen und Einwohner*innen-Befragungen nach § 16 c der Gemeindeordnung durchzuführen. Eine frühzeitige und umfassende Einbindung der Einwohner*innen würde sicherlich die allgemeine Akzeptanz erhöhen und es diesen erlauben, sich frühzeitig auf die zukünftigen Herausforderungen auch finanzieller Art vorzubereiten. Angesichts des Scheiterns der PreBeG gibt es viel Frust bei den Genossenschaftsmitgliedern auch wegen des verlorenen Geldes und gleichzeitig werden zukünftig neue Kosten auf sie aber auch alle anderen zukommen. Darüber muss frühzeitig aufgeklärt werden.

Eine gute kommunale Wärmeplanung und schnelle technische Umsetzung ist insgesamt unvermeidlich, da nur so der Klimakrise begegnet werden kann und die bisher noch insgesamt unzulänglichen Klimaschutzziele der Bundesregierung umgesetzt werden können.

Vor dem Hintergrund der Überlegungen zur Gründung eigener Stadtwerke und von Kooperationen mit den Stadtwerken Eutin war die Verdeutlichung der Gutachter, wie sich kommunale Wärmeplanung und kommerzielle Wärmeplanung unterscheiden, wichtig.

Aus der Bestandsanalyse ergibt sich, dass in Preetz Fernwärmenetze (besser wäre Nahwärmenetze) sich nur in wenigen Bereichen wirtschaftlich darstellen lassen. Insofern sollten in den anderen Gebieten möglichst schnell dezentrale Lösungen verfolgt werden. In den bestehenden drei kleinen Nahwärmenetzen erfolgt die Versorgung mit Gas und es gilt für die Anlieger*innen ein Anschluss- und Benutzungszwang. Hier wäre es sinnvoll, die Stadtwerke Kiel politisch aufzufordern, möglichst zügig auch hier auf decarbonisierte regenerative Lösungen zu setzen, so wie es in Kiel geplant ist. Andernfalls müsste geprüft werden, ob der Anschluss- und Benutzungszwang nicht aufgehoben werden müsste, um den Anlieger*innen eigene nachhaltige Lösungen zu ermöglichen.

In der Potentialanalyse wurde für Preetz ein durchaus interessantes Geothermiepotential festgestellt.

Hilfreich für die zukünftigen Entscheidungen waren die Bewertungen der Gutachter, wann sich neue Fern-/Nahwärmenetze lohnen. Letztlich hat vor allem das Klosterquartier in Verbindung mit der Abwärmenutzung aus dem Klärwerk wirtschaftliches Potential.

Auf Grund der technischen Entwicklungen in den letzten Jahren und schnellen Handlungsnotwendigkeiten wurden bei näherer Betrachtung die Alternativen Gasbrennwertheizung, Holzheizungen, Biogasheizungen, grüner Wasserstoff und Solarthermie wegen rechtlicher Vorgaben, unkalkulierbarer Folgekosten, unzulänglicher Verfügbarkeit und unzulänglicher Wirkungsgrade verworfen.

Der Verzicht auf Holzbeheizung wurde von PANK schon vor einiger Zeit gegenüber der Ratsversammlung angeregt.

Im Endergebnis wurde ausschließlich die Wärmepumpe als sinnvolle Alternative für eine zukünftige nachhaltige Wärmeerzeugungsform empfohlen.

Zusätzlich gab es noch Hinweise zu Energieeinsparungsmöglichkeiten im Haushalt und mögliche energetische Sanierungsmöglichkeiten sowie zur Energieberatung und Sanierungsförderung.

Der Vortrag wurde mit viel Applaus aus der Teilnehmerschaft belohnt.

Anschließend erläuterte Hermann Stoltenberg von der Firma Stoltenberg aus Schönberg sein Angebot für verschieden Alternativen der Wärmepumpenversorgung.

Die lokalen Wärmepumpenanbieter aus der örtlichen Handwerkerschaft hatten auf dem Markt parallel diverse Ausstellungen.

Herr Kevin Sell von der Archisell GmbH aus Preetz erläuterte in bekannt knackiger und sachkundiger Form den Zusammenhang von Energieberatung und kommunaler Wärmeplanung und den individuellen Sanierungsfahrplan sowie die Fördermöglichkeiten.

In Preetz und Umgebung gibt es allerdings auch weitere zertifizierte Energieberater*innen.

Als zusätzliche Herausforderung auf Verwaltung, Ratsversammlung und interessierter Bürgerschaft kommt insbesondere die bisher vernachlässigte Aufgabe der sozialen Abfederung der Wärmewende zu. Die Diakonie in Preetz bietet dankenswerterweise eine Energieberatung für Bedürftige an. Aber auch manche Hausbesitzer*innen müssen sich mit der Finanzierung der Erneuerung ihrer Wärmeversorgung befassen, zumal der Erneuerungsbedarf vor allem bei älteren Objekten zeitnah auftreten wird, der Eigentümer*innen teilweise altersbedingt nur noch eingeschränkt kreditwürdig bei den Banken sind. Klare Zeitachsen würden deswegen bei der Ansparung der Gelder für Ersatzinvestitionen in den Haushalten helfen. Selbst ein revolvingender Unterstützungsfonds für nicht mehr bankenfinanzierbare Maßnahmen sollte geprüft oder über die kommunalen Landes- und Spitzenverbände gefordert werden. Vor Ort sollten auch verstärkt Informationen zu seriösen Contractingpartnern für die Bürger*innen erschlossen und bereitgestellt werden.